

Steuererhöhung – Antrag an die Gemeindeversammlung

Der Gemeinderat beantragt, den Steuerfuss der politischen Gemeinde per 1. Januar 2026 von **55 % auf 60 %** zu erhöhen.

Hintergrund

Die finanzielle Entwicklung der letzten Jahre zeigt ein deutliches Ungleichgewicht zwischen Aufwand und Ertrag:

Rechnung 2024

- Aufwand: CHF 8'644'957.–
- Ertrag: CHF 8'271'132.–
- Mehraufwand: CHF 394'861.–
- → Erforderlicher Steuerfuss für den Haushaltsausgleich: **65.90 %**

Budget 2026

- Aufwandüberschuss: CHF 283'500.–
- Nettoinvestitionen: CHF 760'000.–
- → Erforderlicher Steuerfuss für den Haushaltsausgleich: **62.90 %**

Gründe für die Mehrausgaben

Die Ausgabensteigerungen betreffen vor allem gesetzlich verpflichtende und gesellschaftlich zentrale Bereiche:

- Gesundheit (+26.50 %) - höhere Beiträge an Pflegeeinrichtungen und Spitex-Dienste, gestiegene Fallzahlen sowie steigende Kosten pro Leistungseinheit.
- Soziale Sicherheit (+70.40 %) - Zunahme bei Unterstützungsleistungen, Ergänzungsleistungen und Betreuungskosten, bedingt durch demografische Entwicklungen, neue gesetzliche Vorgaben und eine höhere Anspruchsberechtigung.
- Verkehrswesen (+16.30 %) - Kostensteigerungen durch Unterhalt und Ausbau der Infrastruktur, gestiegene Material- und Energiekosten sowie Investitionen in Sicherheit.

Einnahmenseite

- Die Einnahmen sind seit 2020 lediglich um 0.70 % gestiegen, deutlich unter dem Ausgabenwachstum.

Diese Entwicklungen sind strukturell bedingt und lassen sich nicht durch einfache Kürzungen ausgleichen.

Zeichen verantwortungsvoller Führung

Der Gemeinderat hat bereits zahlreiche Massnahmen zur Kostensenkung und Einnahmenoptimierung umgesetzt:

- Verzicht auf den Druck von Rechnungen und Botschaften (digitale Kommunikation).
- Auslagerung der Finanzabteilung, Wegfall der Zusammenarbeit mit BDO.
- Mieterträge und Nebenkosten aus der Feuerwehrliegenschaften.
- Umsetzung von Kostenwahrheit bei Gebühren und internen Verrechnungen.
- Erhöhung der Bezugsprovisionen für Dienstleistungen, wodurch die Gemeinde höhere Rückvergütungen erhält.
- Verwaltungskosten seit 2020 um 8.40 % gesenkt.

Zudem prüft der Gemeinderat laufend neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit umliegenden Gemeinden, um Synergien zu nutzen und Ressourcen zu schonen.

Fazit

Die vorgeschlagene Erhöhung auf 60 % ist ein notwendiger Zwischenschritt, um die finanzielle Handlungsfähigkeit der Gemeinde zu sichern und zentrale Leistungen weiterhin gewährleisten zu können. Effizienz, Transparenz und ein sorgfältiger Umgang mit öffentlichen Mitteln bleiben unsere Leitlinien.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt der Gemeindeversammlung, der Erhöhung des Steuerfusses der politischen Gemeinde um 5.00 % - von heute 55 % auf 60 % - per 1. Januar 2026 zuzustimmen.